

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP: Besserer Datenaustausch und elektronische Vernetzung zwischen Kanton und Gemeinden bei der Prüfung von Einbürgerungsgesuchen**

Autor/in: [Hans-Jürgen Ringgenberg](#), SVP

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 5. Juni 2008

Nr.: 2008-157

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Bei der Prüfung von Einbürgerungsgesuchen wird richtigerweise verlangt, dass entsprechende Leumundserhebungen über die Gesuchsperson vorgenommen werden. Der Kanton und die kommunalen Einbürgerungsbehörden können sich dabei leider nur zum Teil auf einheitliche und vernetzte Dateninformationen abstützen.

Es ist deshalb angezeigt, die betreffenden Amtsstellen diesbezüglich elektronisch und datenmässig zu vernetzen, damit eine flächendeckende, einheitliche und lückenlose Informationsmöglichkeit über die einzubürgernde Person besteht. Vorallem Informationen über Straftaten (auch über laufende oder hängige Verfahren), missbräuchlicher Bezug von Sozialhilfen, Verstösse gegen die schweiz. Rechtsordnung und die Nichterfüllung der finanziellen Verpflichtungen (Betreibungen), sind zur Abklärung des Leumunds unumgänglich. Diese Daten müssen dem Kanton und den Einbürgerungsbehörden on-line und jederzeit aktualisiert zur Verfügung stehen.

Auch die Vernetzung mit anderen Kantonen oder der ganzen Schweiz ist anzustreben.

Die moderne Technik ist bei der Prüfung von Einbürgerungsgesuchen unbedingt mehr einzusetzen. Ziel sollte es sein, ein umfassendes Bild über die Gesuchsperson zu bekommen, um Einbürgerungen gesetzeskonform, effizient und seriös vornehmen zu können, und auch Gewähr besteht, dass keine falschen Einbürgerungen aufgrund von fehlenden oder nur unzureichenden Informationen vorgenommen werden. Es ist deshalb wichtig, dass der Kanton und die Gemeinden bei der Gesuchsprüfung und Entscheidungsfindung von Anfang an vom gleichen Informationsstand ausgehen können. Doppelspurigkeiten und unnötiger Aufwand sind beim Verfahrensablauf zu eliminieren.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, wie die korrekte Bearbeitung von Einbürgerungsgesuchen durch den Kanton und die Gemeinden durch eine optimale Vernetzung, eine umfassendere Datenaufbereitung und den schnelleren Datenaustausch- und zugriff verbessert und gewährleistet werden kann.